Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Welt-Spiegel", Freitag illustriertes Extrablatt „ULK", Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 7,40 M. exkl. Zustellungsgebühr. Russland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M. frei ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., sonst Ausland 10 M., bei täglich einmaliger Zustellung 3 M. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131–10142, für den Fernverkehr Nr. 14207–14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 Mark u. 30% Zuschlag. Familien-Anzeigen m. 20% Zuschlag. Stellen-Gesuche ohne Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, und deren Filialen: Leipziger Str. 103, Potsdamer Str. 39, Zimmerstr. 30, Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144, Moritzplatz, Kottbuser Str. 3, Turmstr. 61, Schiffbauerdamm 4, Str. Frankfurter Str. 104; Frankfurter Allee 350, Bülowstr. 66, Wiener Str. 1 u. 6, Greifswalder Str. 197, Zennstr. 1, Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 34, Schlüterstr. 39, Nürnberger Str. 25/26, Friedenau, Rheinstr. 19, Halensee: Grunewald: Hermannplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichtenberg-West, Gerichtstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Boxhagener Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 19, Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 36/39. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Sitten: Paradeplatz 6.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 365
46. Jahrgang

Freitag
20. Juli 1917

Annahme der Friedensresolution im Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 19. Juli. Der Reichstag hat die gemeinsame Entschließung des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

T.W. Der Reichstag lauschte gestern so aufmerksam dem neuen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, wie, nach der Dichterzeile, ein jedes Ohr einst an Aeneens Munde hing. Man sah, rings umragt von den höheren Gestalten der Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Geheimräte, einen kleinen Herrn, der einen gut geschnittenen schwarzen Gehrock trug, nichts von einem Schwanenritter hatte, aber auch weder so weltfremd, noch so griesgrämig schien, wie er manchmal dargestellt worden war, sondern sich durchaus sicher bewegte und offenbar die Freude des plötzlichen Aufstieges noch voll empfand. Er sprach mit deutlich vernehmbarer Stimme, langsam, unpathetisch, und blickte, sobald er an schwierige Stellen kam, wo jede Silbe ihre eigene Bedeutung haben sollte, in ein vor ihm liegendes Manuskript. An diesen schwierigen Stellen drehte es sich um die Friedensresolution und um die innere Neugestaltung des Reiches, und Herr Michaelis sprach da die sorgfältig abgewogenen Worte so behutsam, wie man ungeheuer zerbrechliche Dinge über ein gefährliches Pflaster trägt. Er erhielt, bei seinen Erklärungen über den Frieden, ein paarmal Bravorufe von links und aus der Mitte, nach anderen Sätzen auch Bravorufe von rechts, und am Schlusse wurde ihm ein nicht allzu stürmischer Beifall dargebracht. In den Wandelgängen wurde gesagt, man müsse abwarten, und es komme mehr auf Taten als auf glänzende Worte und große rednerische Gesichtspunkte an.

Die einleitenden Worte waren sehr sympathisch, die mißbilligenden Aeußerungen über die „mit Haß und Feindschaft" gegen Herrn v. Bethmann Hollweg geführte Kampagne zeugten, da sie den Konservativen und manchen nationalliberalen Abgeordneten nicht gerade gefallen konnten, von einem gewissen Mut und berührten angenehm. Darauf folgte ein kurzer Rückblick auf die diplomatische Vorgeschichte des Krieges, bei dem man nicht zu verweilen braucht, und dann betonte Herr Michaelis, daß der U-Boot-Krieg noch mehr leiste, als man von ihm erhofft habe, und ein Mittel zur Abkürzung des Krieges sei. Eine Enttäuschung sei nur entstanden, weil „voreilige Propheten" versichert hatten, der U-Boot-Krieg werde in einer bestimmten Frist zu einem Ende führen, was dann nicht in Erfüllung ging. Bei der Erwähnung dieser „Propheten", von denen der Herr Reichskanzler sagte, daß sie „dem Vaterlande keinen Dienst erwiesen" hätten, riefen einige Mitglieder der Linken „Heydebrand!" und andere „Helfferich!" Es folgte ein Dank an die Truppen, dem alle Parteien lebhaft zustimmten, und die Verlesung eines Telegramms, in dem Hindenburg gestern, unmittelbar vor der Sitzung, dem Reichskanzler einen Erfolg an der Ostfront gemeldet hat. Dann gelangte Herr Michaelis zu dem „Kernpunkt" der Verhandlungen, zu der Friedensresolution der Mehrheitsparteien.

Hier begann das sorgsame Wägen der Sätze und die Worte waren so genau bemessen, wie man heute die Fleischportionen bemißt. Dennoch darf man sagen, daß der Reichskanzler die Friedensresolution der Mehrheitsparteien keineswegs abgelehnt, daß er sich ihr sogar angeschlossen hat. Dies war auch der Eindruck der Parteiredner. Scheidemann konstatierte es, indem er jede einzelne Wendung hervorhob, Payer erklärte, „daß Regierung und Reichstagsmehrheit über die Kriegsziele einig sind". Die Redner der Minderheit, der konservative Graf Westarp und der nationalliberale Prinz Schoenaich-Carolath, verlasen nur vorher in der Fraktion aufgesetzte Erklärungen, äußerten kein Wort zu der Rede des Reichskanzlers und kamen so um die Verlegenheit, zu ihr Stellung nehmen zu müssen, herum. Deutschland, sagte Herr Michaelis, werde „auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen", und er fügte hinzu, den kommenden Generationen werden — auch ohne Eroberungen — „diese Kriegsprüfungszeit als eine Zeit unerhörter Zeitkraft und Opferfreudigkeit" vor Augen stehen. Er sprach allerdings davon, „daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden" müssen, und das könnte, da die Sicherungen verschiedener Art sind, zu dehnbar scheinen und mißdeutet werden, aber er sagte auch, der Frieden müsse „die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden", und sagte ferner ausdrücklich, diese Ziele würden „im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse", zu erreichen sein. Es ist nicht gut möglich, die Resolution verschiedenartig aufzufassen und hinterher zu behaupten, sie habe doch vielleicht, ein ganz klein wenig, die Tür für eine Annexionspolitik offen gelassen, einen Eroberungsfrieden nicht mit voller Entschiedenheit abgelehnt. Die Resolution ist klar, und indem Herr Michaelis seine Ziele dem „Rahmen" dieser Erklärung anpaßte, hat er sich unwiderruflich auf den Standpunkt der Annexionsgegner gestellt. Gewiß, man kann, wie Herr Haase es gestern tat, immer noch argwöhnisch einwenden, man traue dem Frieden, oder vielmehr diesem selbstlosen Friedenswillen nicht. Aber hätte Herr Michaelis, oder hätte irgend ein anderer die Macht, noch einmal das zurück zu nehmen, was so förmlich angeboten worden ist? Wenn morgen oder übermorgen die Gegner kämen und erklärten: „unter den Bedingungen, die ihr am achtzehnten Juli verkündet habt, sind wir bereit zum Frieden — könnte dann Herr Michaelis oder irgendein anderer antworten: „Danke schön, jetzt wollen wir nicht mehr!"? Herr Michaelis und der andere könnten weder vor dem eigenen Volke so sprechen noch vor der Welt.

Die Friedensresolution des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten ist mit 214 gegen 116 Stimmen angenommen worden. Die Majorität war nicht ganz so groß, wie man erwartet hatte, aber groß genug. Die Gegenerklärung der Nationalliberalen ist eigentlich gar keine Gegenerklärung, spricht auch von einem Frieden ohne Eroberungslust und von Versöhnung der Völker und läßt erkennen, daß die napoleonischen Naturen in der Partei nicht mehr allzu einflußreich sind. Darf man nach der Annahme der Friedensresolution und nach der Rede des Reichskanzlers nun erwarten, von allen Seiten die Friedenstauben herbeiflattern zu sehen? Das zu hoffen und zu glauben, wäre sicher verfehlt. Nur das kann man hoffen, und nur das ist wahrscheinlich, daß der gestrige Vorgang, so eifrig die Ententeregierungen und die nationalistische Presse ihm jede Bedeutung abstreiten mögen, allmählich, ganz allmählig, eine Wirkung auf die Völker Frankreichs, Rußlands, Italiens und Englands ausüben wird. Einer wird dort den anderen heimlich, im Verborgenen, fragen, ob man wirklich noch weiter so viel Blut vergießen, so viel Opferlast tragen, so viel teuere Menschen hingeben solle, während doch ein Weg zur Verständigung erschlossen sei. Auf schnelle Resultate soll man nicht rechnen, und wir hier haben seit Beginn der Reichstagsaktion, und schon lange vorher, mehr Bedeutung als dieser Friedenskundgebung immer der Neugestaltung des Reiches, der Neuteilung von Macht und Verantwortung, der Einführung des „parlamentarischen Systems" — oder wie man es nennen mag — beigelegt. Wir haben die Meinung vertreten, und wir bleiben dabei, daß vor allem jenes System unkontrollierbaren Schicksalswaltens fallen muß, das nicht mehr in diese Zeit, nicht für ein großes Volk paßt und in allen anderen, sich selbst verwaltenden Völkern Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland aufrecht erhält.

Von dieser inneren Erneuerung hat Herr Michaelis gestern auch einiges gesagt, aber nur eine sehr anspruchslose Seele kann davon befriedigt sein. O, Herr Michaelis steht auf dem Standpunkt der letzten Wahlrechtserklärung — und wie sollte er nicht? Er will auch „engere Fühlung" zwischen der Regierung und den großen Parteien. Er will auch Männer in leitende Stellen berufen, denen „das Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung" gehört. Er wird also ein paar auserlesene Parlamentarier zu Ministern machen, was vielleicht die Betroffenen und ihre Familien erfreuen dürfte, aber dem Volke gewiß so gleichgültig wäre, wie sonst irgendeine fremde Familienangelegenheit. Als wenn es auf solche persönlichen Ehrungen ankäme und nicht allein darauf, alle wichtigen Entschließungen, Krieg und Frieden, von der rechtzeitigen Zustimmung der Volksvertretung abhängig zu machen, die Reichskanzler und Minister nicht mehr aus geheimnisvoller Wolke auftauchen, nicht mehr ohne ein Votum des Parlamentes verschwinden zu lassen und das Volk gegen Ueberraschungen sicherzustellen! Herr Michaelis will „den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches nicht schädigen", und das heißt unter anderem, daß er gegen verantwortliche, von der Volksvertretung abhängige Reichsministerien ist. Aber es ist wohl besser, einen Paragraphen zu „schädigen", als das Reich der Schädigung auszusetzen, die ihm in seiner inneren und seiner äußeren Politik von der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes droht. Der neue Reichskanzler hat auch gesagt, daß er sich „die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen" wolle, und daß „das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung in der Politik nicht geschmälert werden darf". Selbst

Die russische Front bei Zloczow durchstoßen

Amtlich. Berlin, 19. Juli, abends. (W. T. B.)

In Flandern dauert die Artillerieschlacht an.

Herausgefordert durch die Offensive, welche die russische Armee auf Befehl ihrer Regierung und trotz ihrer Friedensbeteuerungen an unseren Fronten unternommen hat, sind wir in Ostgalizien zum Gegenangriff übergegangen. Deutsche Korps haben die Stellungen der Russen östlich von Zloczow in breiter Front durchbrochen.

Berlin, 19. Juli. (W. T. B.)

Im Reichstage verlas der Kanzler folgendes Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

„An den Reichskanzler des Deutschen Reiches, Reichstag. Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich Zloczow eingesetzt. Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Prinz Leopold von Bayern haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie in altbewährtem Schneid und fester Zuversicht die russischen Stellungen durchstoßen."

Wien, 19. Juli. (W. T. B.)

Aus dem Kriegspressequartier wird am 19. Juli abends mitgeteilt: Die Angriffe der Russen beantwortend, hatten heute früh die Verbündeten in Ostgalizien die Gegenoffensive ergriffen und die russischen Linien östlich zwischen Zborow und dem obersten Sereth geworfen.